

... Auftrieb: 5 Schfen.
310 Schweine, Preis:
a, b und c 52 und 50
b 53-56, Kälber b 77
d 66-68 M. Markt-

Dinkel 10, Weizen 13,50,
... Kernen 14,26, Wei-
... Weizen 14,50
... Haber 8-9. - Um-
... 9,35, Haber 7,20
... 13,30-14, Mischling 9
... Haber 7,50-8. -
... - Leinfisch: Gerste
... 14,50-15, Gerste 10
... 10-10,30, Gerste 10
... Roggen 9,50 M.

... große Zunahme der
... mit einer Ausnahme
... So waren gezählt im
... Bereich 848 (mehr 201),
... mehr 160), Wangen 865
... hingen 438 (mehr 79)
... hat 1238 Fahrzeuge ge-
... und Bau hat 57 Fahr-
... at offenbar die Höchste
... e schnellste von 986 im

... oft und über Groß-
... en. Unter diesen Um-
... itwichtig bedecktes, un-
... alt, Birkenfeld,
... Schreinermeister, 60
... n - Jakob Lörcher,
... terhaugstett. -
... Seiten einschließl.
... wirtschaftl.

15. Juli 1930

... wurde unsere

... en von ihrem

... Familie.

... tag 1/4 Uhr.

15. Juli 1930.

... zeige

... Bapp

... D.

... 4 Uhr nach

... Wollenack

... Bapp.

... Donnerstag,

... 9 Uhr statt.

... Pfennig

... 1. August

... hat gehalten!

1691

... hat gehalten!

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feiertunden“, „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Haus, Garten und Landwirtschaft“

Bezugspreise: Monatlich einschließlich Trägerlohn M. 1.60; Einzelnummer 10 P. - Gescheit an jedem Werktag. - Verbreitete Zeitung im D.-M.-Bezirk Nagold. - Schriftleitung, Druck und Verlag v. G. W. Jaiser (Karl Jaiser) Nagold

Anzeigenpreise: Die 1-spaltige Borgiszelle ober deren Raum 20 P. Familien-Anzeigen 15 P. Reklamezettel 60 P. Sammelanzeigen 60% Aussch. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Telegr.-Adresse: Gesellschafter Nagold. - In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. - Postsch. Kto. Stuttgart 6113

Nr. 164

Gegründet 1827

Donnerstag, den 17. Juli 1930

Fernsprecher Nr. 29

104. Jahrgang

Tagespiegel

Nachdem der Reichsrat gegen das vom Reichstag beschlossene Annehmsgesetz, das auch den jüdischen Feme-mördern Strafbefreiung zubilligte, mit Mehrheit Einspruch erhoben hatte, ist das Gesetz bei der erneuten Behandlung im Reichstag am Mittwoch gefallen, da nur 296 von insgesamt 452 Stimmen abgegeben wurden. 10 Abgeordnete enthielten sich, während 146 Sozialdemokraten und Kommunisten dagegen stimmten. Um einen Einspruch des Reichsrats unwirksam zu machen, bedarf es einer Zweidrittelmehrheit im Reichstag, die nicht aufgebracht wurde.

Der bayerische Landtag hat die Schlachtsteuer mit 67 Stimmen des Bayer. Bauernbundes, der Sozialdemokraten, der Nationalsozialisten, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten gegen 58 Stimmen der Bayer. Volkspartei und der Deutschnationalen bei Stimmhaltung eines Deutschnationalen abgelehnt. Die Regierung wird nun die Steuer voraussichtlich durch Verordnung durchführen.

Der sogenannte Bahnhöfen im Saargebiet soll nach einem Beschluß der Regierungskommission nunmehr von 600 auf 250 Franzosen vermindert werden.

Der finnische Staatspräsident hat den Reichstag aufgefordert, da das eingebrachte Staatsstreichgesetz infolge der Opposition der Sozialdemokraten nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit fand. Die Neuwahlen werden nach dem Sappo-Wahlgesetz vorgenommen, das indessen erst nachträglich durch den neuen Reichstag Gesetzeskraft erlangen kann.

Das spanische Heeresministerium hat eine Verordnung erlassen, wonach die Zahl der Unteroffiziere im Heer um 25 v. H. vermindert wird.

Die deutsche Antwort auf Briands Denkschrift

Berlin, 15. Juli. Die Antwort der Reichsregierung auf das Memorandum der französischen Regierung vom 1. Mai 1930 über die „Organisation einer europäischen Bundesordnung“, die heute der französischen Regierung überreicht wurde, hat folgenden Wortlaut:

1. Die Gemeinamkeit europäischer Interessen hat die Staaten Europas im vergangenen Herbst zu einer ersten Beratung zusammengeführt. Die Länder Europas, weit entfernt von einem Zustand ruhiger Ausgeglichenheit, sind mit Spannungen und Gegensätzen der verschiedensten Art belastet. Die gesamte gegenwärtige Gestaltung des Kontinents in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht hemmt die Entwicklung, die den natürlichen Lebensbedingungen der Völker entsprechen würde. Die Folgeerscheinungen treten auf materiellem und moralischem Gebiet immer deutlicher zutage.

Die deutsche Regierung hat es mit Genugtuung begrüßt, daß die französische Regierung in ihrer Denkschrift die europäische Frage in seinen Einzelheiten in die Erörterung gestellt und ihre eigene Auffassung darüber mitgeteilt hat. Kein Land kann die Mängel der Struktur Europas stärker empfinden als Deutschland, das, in der Mitte des Festlands gelegen, von diesen Mängeln und ihren Auswirkungen in besonders schwerem Maß berührt wird. Die deutsche Regierung wird daher bereitwillig an der Lösung der Frage mitarbeiten. Sie steht das Endziel darin, im Geist der Verständigung eine mutige Reform der einmal als unhaltbar erkannten Verhältnisse ins Auge zu fassen und so eine wirkliche Befriedigung Europas herbeizuführen, die nur auf den Grundfragen der Gerechtigkeit und Gleichheit beruhen kann.

2. Es bedarf zunächst der Feststellung, welche Gegenstände der internationalen Beziehungen für eine europäische Regelung in Betracht kommen. Jede Spitze gegen andere Länder oder Erdteile ist zu vermeiden. Die Beziehungen zwischen den verschiedenen Erdteilen einschränken zu wollen, wäre verfehlt. Andererseits widerspricht der Ausschluß solcher europäischen Länder, die nicht dem Völkerbund angehören, wie Rußland und die Türkei, der bisher mit Recht geübten Praxis.

3. Die französische Regierung betont die Notwendigkeit, die europäische Aufgabe von der politischen Seite aus in Angriff zu nehmen und erst nach Erfüllung bestimmter politischer Voraussetzungen an die wirtschaftlichen Fragen heranzutreten. Die deutsche Regierung kann der französischen Regierung insofern durchaus zustimmen, als auch sie davon überzeugt ist, daß die Notlage Europas ihre Ursachen in hohem Maß in der gegenwärtigen politischen Gestaltung unseres Erdteils hat. Die deutsche Regierung kann ihre Ansicht darüber, in welcher Richtung die Lösung dieser politischen Probleme zu suchen ist, als bekannt voraussetzen. Sie erinnert an ihre Stellungnahme bei den Erörterungen über die Frage der Sicherheit, der Abrüstung, der nationalen Minderheiten und des Ausfalls ein-

Die Notverordnung regiert

Niederlage der Regierung - Kommunistischer Mißtrauensantrag abgelehnt ... und nun kommen die Ferien!

Artikel 1 der Deckungsvorlage angenommen

Berlin, 16. Juli. Nach der Rede des Reichskanzlers beantragte Abg. Esser (Ztr.), jetzt nur über Art. 1 der Deckungsvorlage abzustimmen. Ein Antrag des Abg. Dittmann (Soz.), die Sitzung eine Stunde auszusetzen, wird mit den Stimmen der Sozialdemokratie und der Regierungsparteien angenommen. Nach Wiederaufnahme der Beratung erklärt Abg. Keil (Soz.), das Kabinett Brüning befinde sich in einer Sackgasse, aus der es nur einen Ausweg gebe: zurück! Die Sozialdemokratie werde sich bei Art. 1 der Stimme enthalten, um den Regierungsparteien eine Pause zur Überlegung zu geben. Die Regierung habe noch nicht die Kräfte der größten Partei, der Sozialdemokratie, in Anspruch genommen. Die Sozialdemokratie würde nicht immerpächtig ermägen.

Abg. Dr. Oberjochen (Deutschnat.) erklärt, daß seine Fraktion die Vorlage ablehne.

Die Sprecher der Regierungsparteien geben zustimmende Erklärungen ab.

Art. 1 wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Kommunisten und Nationalsozialisten bei Stimmhaltung der Sozialdemokraten angenommen und die Weiterberatung dann auf Mittwoch vertagt.

Artikel 2 der Deckungsvorlage abgelehnt

In der Sitzung am Mittwoch wurde Art. 2 der Deckungsvorlage (Notopfer) mit 256 gegen 204 Stimmen abgelehnt. Der Reichskanzler erklärte, daß er auf die Fortführung der Verhandlung über die Deckungsvorlage keinen Wert mehr lege.

Damit ist die parlamentarische Erledigung der Deckungsvorlage gefallen und sie soll durch Notverordnung in Kraft gesetzt werden.

Verhandlungen zwischen Zentrum und Sozialdemokratie

Inzwischen haben Verhandlungen zwischen dem Abg. Esser (Ztr.) und einigen Vertretern der Sozialdemo-

kratie stattgefunden. Die Sozialdemokraten erklärten sich zur Mitarbeit an der Deckungsvorlage bereit, die Bürgersteuer sei für sie jedoch völlig unannehmbar, auch an den Gehaltswürfen zur Arbeitslosen- und Krankenversicherung müßten noch Änderungen vorgenommen werden. Diese Wünsche würden in einem Schreiben genauer festgelegt. Da nun auf der anderen Seite Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei die Forderungen in der Gesetzesvorlage als das Äußerste bezeichnet haben, was sie zugehen könnten, würden die Forderungen der Sozialdemokratie erfüllt, so müßten diese in die Regierung eintreten und die Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei müßten dann aus der Koalition austreten. Bei Ablehnung der Forderung werden die Sozialdemokraten gegen die Vorlage stimmen, die dann keine Mehrheit mehr hätte.

Der Reichskanzler beim Reichspräsidenten

Berlin, 16. Juli. Der Herr Reichspräsident empfing heute Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag über die politische Lage.

Der Reichspräsident hat in der Besprechung die dem Reichskanzler schon früher gegebene Vollmacht, das Deckungsprogramm auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung durch Notverordnung in Kraft zu setzen, wenn der Reichstag die Vorlage ablehnt, erneuert. Falls der Reichstag jedoch auch die Notverordnung ablehnt, oder wenn er einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung annehmen sollte, oder wenn bedeutende politische Ereignisse eintreten würden, so wurde der Reichskanzler ermächtigt, den Reichstag aufzulösen.

Ein kommunistischer Mißtrauensantrag wird mit 244 gegen 59 bei Stimmhaltung der Sozialdemokraten abgelehnt. Nachdem nunmehr die Entscheidung gefallen ist, wird der Reichstag voraussichtlich Ende dieser Woche in Ferien gehen und erst im Spätherbst wieder zusammentreten. Die Notverordnung wird am Dienstag dem Reichstag offiziell zur Kenntnis gebracht.

zelter Artikel des Völkerbundespatentes. Das eine möchte die deutsche Regierung indes auch heute besonders betonen: Alle Versuche einer Besserung der politischen Lage in Europa werden davon abhängen, daß die Grundzüge der vollen Gleichberechtigung, der gleichen Sicherheit für alle und des friedlichen Ausleichs der natürlichen Zuständigkeiten der Völker zur Anwendung kommen. Wo bestehende Verhältnisse diesen Grundfragen widersprechen, müssen wirksame Mittel für ihre Abänderung gefunden werden. Es wäre ausichtslos, ein neues Europa auf einem Fundament aufzubauen zu wollen, das der lebendigen Entwicklung nicht standhalten würde.

4. Unabhängig von politischen Erwägungen sind auf rein wirtschaftlichem Gebiet zweifellos Maßnahmen geboten, die im Interesse des europäischen Fortschritts ausgenutzt werden müssen. Eine engere Zusammenarbeit auf diesem Gebiet sollte nicht von der Schaffung größerer Sicherheit abhängig gemacht werden. Umgekehrt wird gerade die wirtschaftliche Verständigung wesentlich zur Stärkung des Bewußtseins der Solidarität und damit des Gefühls der Sicherheit beitragen.

Die Unternehmung der europäischen Wirtschaftsnote wird von der Krise der Landwirtschaft und der Abnahmnot der Industrie ausachen und Mittel und Wege suchen müssen, um größere Marktgebiete zu gewinnen, und um den Austausch der Güter zwischen den vorwiegend agrarischen und vorwiegend industriellen Gebieten Europas zu erleichtern.

Die Enttäuschungen über die Ergebnisse der bisherigen Bestrebungen und Rückschläge nach der Weltwirtschaftskonferenz von 1927 dürfen nicht zur Untätigkeit verleiten. Die deutsche Regierung hält es deshalb für angebracht, die Bemühungen um die Erleichterung der europäischen Wirtschaft, insbesondere der europäischen Zollpolitik fortzusetzen.

Bei der Behandlung der europäischen Wirtschaftsfragen dürfen indes nach Ansicht der deutschen Regierung folgende Gesichtspunkte nicht außer acht gelassen werden:

So notwendig es ist, daß die Regierungen selbst die europäischen Fragen in die Hand nehmen, so können doch Regierungsmaßnahmen allein dem notleidenden Europa nicht helfen. Es wird weite Gebiete geben, wo die Wirtschaft selbst die Aufgabe in Angriff nehmen muß. E-

der Regierungen wird es bleiben, ihre gemeinsamen Wirtschaftspolitik mit dem freien Spiel der Kräfte in Einklang zu bringen.

Bei wirtschaftlichen Fragen dürfen militärische Gesichtspunkte nicht in den Vordergrund gestellt werden. Es würden sonst wichtige Gruppen der Erzeugung von der Verständigung ausgenommen bleiben, und dem Ziel einer zweckmäßigen Arbeitsteilung schwere Hemmnisse in den Weg gelegt werden. Es müssen alle Folgen in Betracht gezogen werden, die sich aus der besonderen Lage einzelner Länder, namentlich aus ihrer sozialen Struktur und aus ihrer durch den Krieg bedingten finanziellen Gesamtbelastung ergeben.

Die Denkschrift der französischen Regierung wiederholt den engen Zusammenhang, der zwischen der Arbeit des Völkerbunds und der europäischen Gemeinschaftsarbeit bestehen muß. Die deutsche Regierung stimmt der Auffassung zu, daß der Völkerbund unter den europäischen Bestrebungen nicht leiden darf. Es sollte keine europäische Absonderung eingeleitet werden, die andere Gruppenbildungen im Völkerbund nach sich ziehen könnten. Durch eine Neigung zur Gruppierung nach Erdteilen könnten die gleichmäßigen allgemeinen Interessen abgeschwächt und die Struktur des Bundes nachteilig beeinflusst werden. Bei jeder Art engeren europäischen Zusammengehens wird daher die Wirkung auf den Völkerbund genau zu überlegen und nötigenfalls dem Urteil des ganzen Bundes zu unterbreiten sein.

Die Deutsche Regierung möchte sich einstweilen auf die vorstehenden grundsätzlichen Bemerkungen beschränken. Sie hofft auf wertvolle Anregungen bei der Zusammenkunft in Genf im September d. J. zu der auch die europäischen Nichtmitglieder des Völkerbunds und die nichteuropäischen Staaten Zutritt haben sollten. Für diese Zusammenkunft behält sich die deutsche Regierung ihrerseits Erläuterungen und Ergänzungen ihrer eigenen Ausführungen vor.

Die Aufnahme der Antwort in Paris

Paris, 16. Juli. Die meisten Blätter sind von der deutschen Antwort befriedigt; sie sei besser ausgefallen, als man nach den ersten Andeutungen aus Berlin hätte erwarten können. Die Hauptsache sei, daß die deutsche Regierung sich zur Mitarbeit an dem Neurepo-Plan bereit erklärt habe, das weitere werde sich dann schon finden.

Tübingen, 16. Juli. Namensänderung der Tübingen Studentenhilfe e. V. Der Name „Tübinger Studentenhilfe“ ist in „Tübinger Studentenwerk“ geändert worden. Im bisherigen Aufbau und in den Arbeitsgebieten tritt durch die Namensänderung kein Wechsel ein.

Tödlicher Ausgang. Am 4. Juli wurde ein beim Neubau des Fernheizwerkes beschäftigter 56jähriger Kesselmonteur von einem herabfallenden Backsteinbrocken am Kopf getroffen. Eine Schädelverletzung machte seine sofortige Verbringung in die chirurgische Klinik notwendig, wo er nun an den Folgen der Verletzung gestorben ist.

Sulz a. N., 16. Juli. Verkehrsunfall. Abends wurde der etwa 4 J. a. Knabe des Friedrich Schaumann in der Horber Straße von einem Motorradfahrer angefahren. Der Knabe erlitt einen schweren Schädelbruch, der zu Verformung des Schädels führte. Den Kraftfahrer trifft keine Schuld.

Oberndorf a. N., 16. Juli. 70. Geburtstag. Direktor Paul Mauser feierte gestern den 70. Geburtstag. Direktor Mauser nimmt noch regen Anteil am öffentlichen Leben der Stadt, namentlich im Gemeinderat, dem er seit vielen Jahren angehört. Dem Männergesangsverein Liederkrantz stand er seit dem Ableben von Geh. Komm.-Rat Mauser im Jahr 1914 vor. Seit 1900 gehört er dem Aufsichtsrat der Gewerbebank an und ist seit 1915 dessen Vorsitzender. Er war auch lange Jahre Vorstand des Gewerbevereins, von 1923—1929 Mitglied der Handelskammer Rottweil; ferner ist er ein warmer Förderer der Bestrebungen der hiesigen Schützengesellschaft und bekleidete eine Reihe von Ehrenämtern. Der Liederkrantz brachte dem Jubilar vor seiner Wohnung ein Ständchen.

Schwenningen, 16. Juli. Deutsche Uhrenarbeiter für Rußland. In den letzten Tagen hat die russische Handelsdelegation in Berlin mehrfach den Schwarzwald bereist, um Uhrenarbeiter für eine in Rußland zu gründende Uhrenindustrie zu suchen und Maschinen aufzukaufen. Gegenüber einem schon früher unternommenen gleichen Versuch soll der jetzige von besserem Erfolg begleitet sein. Aus Schramberg und Schwenningen sollen sich mehrere Arbeiter auf Grund vorläufiger Verträge verpflichtet haben.

Grumbach M. Schornbach, 16. Juli. Hagelschlag. Am Dienstag vormittag zog über unsere Markung ein schweres Gewitter, das von Hagelschlag begleitet war. Die prächtig stehenden Weinberge wurden übel zugerichtet. Ein Drittel des Weinertrags dürfte vernichtet sein. Teilweise beträgt der Schaden bis zu 80 v. H. Auch an den übrigen Feldfrüchten wurde erheblicher Schaden angerichtet.

Weingarten, 16. Juli. Festnahme der Pfarrhofeindbrecher. Zwei hiesige Schulleute und zwei Kriminalbeamte aus Ravensburg konnten hier die schon länger gesuchten Pfarrhofeindbrecher von Urlau, zwei Brüder Hans und Martin Dangler von Eitenkirch, festnehmen. Bei der Verhaftung fand man bei ihnen verschiedene Einbrecherwerkzeuge, ebenso eine Schußwaffe. Bis jetzt haben die beiden Einbrecher sieben Pfarrhofeindbrüche in Württemberg begangen.

Aus Stadt und Land

Nagold, den 17. Juli 1930.
Der Gnädigste von allen Richtern ist der Kenner.
Schiller.

Zur Einstellung in die württ. Schutzpolizei

Um zu verhindern, daß den jungen Leuten, die sich um Einstellung in die Württ. Schutzpolizei beworben haben, vermeidbare Kosten entstehen, werden die von Stuttgart entfernter wohnenden Bewerber von der Polizeischulabteilung Weingarten zu einer Voruntersuchung auf **Donnerstag, den 31. Juli 1930 in das Oberamtsgebäude in Horb a. Neckar** schriftlich bestellt werden. Reisekosten werden nicht vergütet. Ueber die Einstellung selbst kann erst nach der Hauptuntersuchung in Stuttgart entschieden werden. Bei der Voruntersuchung werden auch noch neue Bewerbungen entgegengenommen.

Eignungsprüfung für Buchdruckerlehrlinge

Die Handwerkskammer Neutlingen teilt uns mit, daß der Fachauschuss für das Buchdruckgewerbe im Kammerbezirk Neutlingen am Samstag, den 26. d. M. in Neutlingen nochmals eine Eignungsprüfung für solche junge Leute abhält, die das Buchdruckgewerbe erlernen wollen. Es kommen hierfür hauptsächlich diejenigen in Betracht, welche an der ersten Prüfung im Jan. d. J. nicht teilgenommen haben, oder wo sich der Lehrherr erst später entschlossen hat, einen Lehrling einzustellen. Die neue Lehrlingsordnung für das Buchdruckgewerbe bestimmt, daß jeder Lehrling, der eingestellt wird, vorher eine Eignungsprüfung zu machen hat. Anmeldungen zur Prüfung sind an Herrn Buchdruckermeister Eugen Hübler, Vorsitzender des Fachauschusses in Neutlingen, zu richten.

Sängers Dank

Ein Doppelständchen brachte gestern abend der Vereinte Lieder- und Sängerkranz seinem hochverehrten Vorstand, Herrn Präzeptor **Wieland**, sowie seinem verdienten Dirigenten, Herrn Hauptlehrer **Richt**. Im Hinblick auf die schönen Erfolge in Rottenburg und Altburg war es eines jeden Sängers Bedürfnis, den beiden bewährten und rührigen Führern Dank und Anerkennung durchs Lied zu zollen, was in beiden Fällen Herr Sattlermeister **Braun** auch durch das geprobene Wort zum Ausdruck brachte. Sowohl der Vorstand als auch der Dirigent waren über diese Ehrung erfreut und übertrugen und versprochen ihrerseits, ihre ganze Kraft wie bisher so auch weiterhin dem Verein zu widmen. Im „Ablug“, wo sich der Verein mit den beiden Herren zusammenfand und noch manches schöne Lied anstimmte, kam so recht das Zusammengehörigkeitsgefühl zum Ausdruck, das die Sänger alle im deutschen Liede eint.

Tödlicher Unfall

Gestern mittag kam der 35 jährige Reisende Walter **Hohlgenant** aus Bregenz, der für eine Böblinger Firma unterwegs war, in die mechanische Werkstätte Kelling und bat, mit einem Motorrad nach Hatterbach gefahren zu werden. Der Sohn des Inhabers, der 18jährige Sohn **Erwin Kelling**, nahm ein in Kommission bei ihm in der Werkstätte stehendes älteres Ardie-Motorrad und fuhr mit seinem Fahrgast, der vorher noch keine Fahrkosten bezahlt hatte, fort. Etwa 100 Meter oberhalb

des Hallenbaues bemerkte der Fahrer durch ein Knaden, daß irgend etwas am Rad nicht in Ordnung war, zog beide Bremsen und stellte das Gas ab, wobei er schon wahrnahm, daß das Rad sich nach vorne senkte. Durch das plötzliche Abstoppen stürzte der Beifahrer über seinen Kopf 3—4 Meter hinweg und erlitt dabei einen schweren Schädelbruch, Kelling dagegen nur geringe Hautabschürfungen. Wohlgenannt, der sofort mit dem Sanitätsauto ins Krankenhaus verbracht wurde, ist heute Nacht seinen Verletzungen erlegen. R. gilt als ruhiger und sicherer Fahrer. Die Untersuchung von sachmännlicher Seite aus wird ergeben müssen, ob der das Unglück verschuldete Vorderreifenbruch erst während der Fahrt erfolgte oder bereits vor der Abfahrt vorhanden war. Das Rad hat übrigens eine bewegte Vergangenheit, insofern als schon verschiedene frühere Besitzer hiermit gestürzt sind. — Ein weiterer Unfall, jedoch leichterer Art, ereignete sich bei der Brücke in Neishausen. Ein Bierauto mit Anhänger wollte dort einen Radfahrer überholen, der seinerseits den Anhängergewagen des Autos nicht bemerkte. Er wurde von diesem getreift und zu Boden geworfen, erlitt dabei aber nur leichtere Schürfwunden.

Hatterbach, 16. Juli. Vom Gesangsverein. Wie bereits berichtet, hat auch der hiesige Gesangsverein vom Gauledersfest in Altburg einen schönen Preis nach Hause gebracht. Von der Einwohnerstadt mit Spannung erwartet, erschienen die Sänger am späten Abend und brachten auf dem Marktplatz trotz der Anstrengungen des Tages ihr Preislied nochmals klangschön zum Vortrag. Vorstand **Walz** war für 30jährige Mitgliedschaft mit Silberplakette und Ehrenurkunde ausgezeichnet worden. Dank gebührt nun vor allem der strebsamen Dirigentin, Frau **Ahn**, die es verstanden hat, die Sänger zusammenzuhalten und zum Erfolg zu führen. Möge der schöne Erfolg für jedes einzelne Vereinsmitglied ein Ansporn sein, auf dem angefangenen Wege weiterzuschreiten u. durch pünktliches Erscheinen an den Weibungsabenden den Willen zu tatkräftiger Mitarbeit zu befestigen. Wenn dann dem Verein auch durch den Beitritt zahlreicher neuer Sänger, namentlich aus den Kreisen der Jungmänner, weitere Unterstützung zuteil wird, so wird es auch künftighin an Erfolgen nicht fehlen.

Wiltberg, 17. Juli. Der Musikverein Wiltberg hat bei dem Musikfest in Ruppingen mit 123 Punkten sich einen **1. Preis** in Form einer B-Trompete, die vom Schultheiß **Maje** in Ruppingen gestiftet war, errungen. Wir gratulieren!

Zum Konflikt zwischen Hindenburg und dem „Herrscher aller Kreuzen“ Braun

Der Streit ist beigelegt — Das Verbot aufgehoben

Die Berliner Blätter besprechen lebhaft den Briefwechsel zwischen dem Reichspräsidenten und dem preussischen Ministerpräsidenten. Das Urteil fällt je nach der parteipolitischen Einstellung verschieden aus. Getadelt wird vielfach, daß die preussische Regierung für die Wiederzulassung des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen Bedingungen geknüpft habe, die der Stahlhelm als Beleidigung auffassen müsse. Dies erschwere die Beilegung des Konflikts, die schon im Hinblick auf das Ausland sehr erwünscht wäre. Die Deutsche Allg. Zeitung sagt, es sei eine politische Selbstverständlichkeit, daß der preussische Landtag sofort telegraphisch einberufen werde, um zu dem Verhalten der preussischen Regierung Stellung zu nehmen und den schweren Zusammenstoß mit dem Reich noch so rechtzeitig beizulegen, daß im In- und Ausland dieses traurige Bild deutscher Zwietracht erpart bleibt.

Einberufung des preussischen Landtags

Staatsrat **Steinhoff** hat namens der Deutschnationalen Fraktion des preussischen Landtags den Landtagspräsidenten **Barthels** schriftlich ersucht, im Hinblick auf den Schriftwechsel zwischen dem Reichspräsidenten und dem Landtagspräsidenten den Landtag sofort einzuberufen.

Der Reichskanzler hat sich bereit erklärt, zwischen Hindenburg und Braun zu vermitteln.

Verhandlungen mit dem Stahlhelm

Berlin, 16. Juli. Der preussische Minister des Innern hat in Beantwortung eines Schreibens des Stahlhelms an diesen ein Schreiben gefandt, er (der Minister) halte die Möglichkeit für gegeben, zu einer Verständigung zu gelangen. Im Anschluß daran fand heute eine Besprechung im Ministerium statt. Man glaubt, daß die preussische Regierung nunmehr das Verbot des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen rückgängig machen werden, so daß der Reife des Reichspräsidenten ins Rheinland nichts mehr im Wege stünde.

Aus der Umgebung des Reichspräsidenten wird mitgeteilt, daß er schon vor längerer Zeit dem Reichskanzler sowohl wie dem preussischen Ministerpräsidenten erklärt habe, er werde an den Befreiungsfeiern in Rheinland nicht teilnehmen, wenn das ungerechtfertigte Verbot der preussischen Regierung nicht zuvor aufgehoben werde.

Die Führung des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen hat an den Reichspräsidenten ein Danktelegramm gefandt für die den Frontsoldaten bewiesene Treue. Angezählt deutsche Männer weit über den Stahlhelm hinaus stünden hinter dem Reichspräsidenten in dem Kampf um eine von Parteiherrschaft unabhängige Staatsführung.

Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Oberhein (Bezirke Köln, Aachen, Koblenz und Trier), der einen Aufmarsch des Reichsbanners vor dem Reichspräsidenten geplant hatte, erklärt in einem Aufruf in der „Rheinischen Zeitung“ (Köln), die Sozialdemokratische Partei werde sich an den Befreiungsfeiern nicht beteiligen, wenn das Stahlhelmverbot rückgängig gemacht werde.

Die Städte Trier, Koblenz und Aachen haben den Reichspräsidenten gebeten, er möge seinen Besuch in Rheinland nicht unterlassen. Der Reichspräsident antwortete, er hoffe, daß das Hindernis, das seinem Besuch entgegenstehe, rechtzeitig aus dem Weg geräumt werde. Allenfalls würde er die Städte zu einer späteren Zeit besuchen.

Herrenberg, 16. Juli. Staatliche Bezirksrindviehschau. Am Dienstag fand hier auf dem Turnhalleplatz die staatliche Rindviehschau für den Bezirk Herrenberg statt. Es waren 60 Tiere zugeführt. Das Kreisgericht, bestehend aus den Herren Landesökonomierat Dr. **Dobler**, Veterinärarzt Dr. **Hohener**, Freudenstadt, Gutspächter **Herrmann**, Hohenmühlingen hatte keine ganz leichte Arbeit. Von der Zentralstelle für die Landwirtschaft war Herr Oberregierungsrat **Braig** anwesend. Die Schau gab ein Bild über den heutigen Stand der Viehzucht im Bezirk. Die Zahl der vergebenen 1. Preise zeigt sehr deutlich, daß zielbewusste Arbeit ein rasches Vorwärtkommen ermöglicht hat. Bei den Farren hätte eine etwas bessere Beschäftigung erwartet werden können. Dagegen war das Material in beiden Klassen der Kühe sehr gut. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Gemeinden bestrebt sind, ihr Farrenmaterial dem heute gezeigten Kuhmaterial anzupassen. Besonders hervorgehoben zu werden verdienen zwei Tiere. Die Kuh „**Thekla**“ der Gebr. **Ablung-Sindlingen** erhielt einen Preis von 150 Mark. Die Kuh ist 20 Jahre alt, hat 17 Kälber geboren, gab im letzten Jahr noch über 4000 Liter Milch, 6 Nachkommen sind staatlich prämiert. Eine Kuh des **H. Ruoff**, Niederreuthin ebenfalls 150 M. Die Kuh ist 12 Jahre alt, hat 8 Kälber, davon 4 staatlich prämiert. Beide Tiere sind in sehr gutem Zustand. Nachmittags 1 Uhr wurden dann die Tiere, die im Herbst zum landw. Hauptfest nach Cannstatt kommen, zusammengestellt. Preise erhielten für: Farren, 1½—2½ Jahre: 1. Preis: Gebr. **Ablung, Sindlingen**. 2. Preis: Gemeinde **Gärtringen**. Farren 2½—3 Jahre: 3. Preis: Gemeinde **Oberjesingen**, Gemeinde **Affstatt**, Gemeinde **Nufingen**, Gemeinde **Unterjesingen**. Farren über 3 Jahre: 2. Preis: Gemeinde **Breitenholz**. 3. Preise: Gemeinde **Haslach** und **Reußen**. Kühe bis 5 Jahre: 1. Preise: **Kuoff, Niederreuthin** (4 mal); **Gebrüder Ablung, Sindlingen**; **Rudolf Binder, Affstatt**. 2. Preise: **Gebr. Ablung, Sindlingen** (4mal); **Kuoff, Niederreuthin**; **Gustav Hahn, Hilbrizhausen**; **Jacob Luß, Gärtringen**. 3. Preise: **Peter Widmaier, Oberjesingen**; **Gebr. Ablung, Sindlingen** (3 mal); **Jacob Böckle, Affstatt**; **Hermann Kopp, Affstatt**. Kühe über 5 Jahre: 1. Preise: **Gebr. Ablung, Sindlingen** (3 mal); **R. Kuoff, Niederreuthin** (3 mal); **August Kaiser, Unterjesingen**. 2. Preise: **R. Kuoff, Niederreuthin** (2 mal); **Gebr. Ablung, Sindlingen** (3 mal); **Hermann Stöffler, Oberjesingen**. 3. Preise: **Joh. Hofmeister, Ruppingen**, **R. Kuoff, Niederreuthin**, **Gebr. Ablung, Sindlingen** (2 mal) **E. Zeeb, Herrenberg**, **Peter Widmaier, Oberjesingen**.

Berlin, 16. Juli. Der amtliche preussische Pressedienst teilt mit: Im Verlauf des 16. Juli fand im preussischen Ministerium des Innern mit Bevollmächtigten der Bundesleitung des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten eine längere Besprechung statt. Hierbei wurde vom preussischen Ministerium des Innern erneut den Vertretern des Stahlhelms dargelegt, daß die gewünschte Wiederzulassung des Stahlhelms in den Provinzen Rheinland und Westfalen von einer eindeutigen Erklärung der Bundesleitung abhängig gemacht werden müsse, die eine bindende Zusage enthielt, daß in Zukunft Verstöße gegen bestehende Gesetze nicht mehr vorkommen würden.

In den Abendstunden des 16. Juli ging dann im preussischen Ministerium des Innern eine eindeutige Erklärung der Bundesführung des Stahlhelms, vom ersten Bundesführer **Seldte** und zweiten Bundesführer **Düsterberg** gezeichnet, ein.

Auf diese Erklärung hin ließ der preussische Minister des Innern der Bundesführung des Stahlhelms folgendes Schreiben zugehen:

„Nachdem die Bundesführung des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, die Erklärung abgegeben hat, daß in Zukunft die Veranstaltungen solcher und ähnlicher Art, wie sie zu der Auflösungsverfügung vom 8. Oktober 1929 Anlaß gegeben haben, sowie die Beschäftigung mit militärischen Dingen im Sinne des Gesetzes vom 22. März 1921, namentlich auch die Ausbildung und Uebung der Mitglieder im Waffenhandwerk und im Gebrauch von Kriegswaffen im Stahlhelm verboten ist, und daß der Bund sich mit allen Mitteln für die künftige Befolgung dieser Anordnungen einsehen wird, werden der Neubildung von Organisationen des Stahlhelms in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen von der Polizei keine Hindernisse bereitet werden.“

Die preussische Staatsregierung setzt dabei im Vertrauen auf die gegebenen Zusicherungen voraus, daß der etwa neu zu gründende Stahlhelm in den beiden genannten Provinzen damit einen wesentlich anderen Charakter haben wird, als die seinerzeit aufgelösten Teile des Bundes und daß auch bei der Führerauswahl diesen Gesichtspunkten ausreichend Rechnung getragen wird.

Gleichzeitig hat der preussische Minister des Innern die nachgeordneten Behörden in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen hiervon unterrichtet und mitgeteilt, daß die etwaige Neubildung des Stahlhelms in den beiden genannten Provinzen nicht zu beanstanden sei.

Zur Aufhebung des Stahlhelm-Verbots.

Berlin, 17. Juli. Wie die Germania mitteilt, wird heute vormittag um 10.30 Uhr der Reichspräsident den preussischen Ministerpräsidenten **Braun** und den Reichskanzler **Dr. Brüning** zu einer gemeinsamen Besprechung empfangen. Dem Blatt zufolge wird es sich bei dieser Zusammenkunft um die Beilegung der letzten Reste des dauerlichen Zwischenfalles handeln.

Die Notverordnung.

Berlin, 17. Juli. Wie die Deutsche allg. Zeitung mitteilt, enthält die erste Notverordnung einige Änderungen am bisherigen Deckungsprogramm. Die Reichshilfe, das 2½prozentige Notopfer der Beamten und Behördenangestellten, ist dahin gemildert worden, daß Staat- und Behördenangestellte unter einer Gehaltsgrenze von 8400 M von der Reichshilfe befreit sind. Das Notopfer ist ferner auf die Lienten der Aufsichtsräte ausgedehnt worden. Der 54prozentige Einkommensteuerausgleich ist unverändert geblieben. Die Ledigensteuer ist dahin gemildert worden, daß Einkommensteuerpflichtige, die für einen geschiedenen Gatten oder für einen unterhaltspflichtigen Ehemann Unterhaltungen über 10 Proz. ihres Einkommens abführen und hierfür einen Steuerabzug genießen, von der Ledigensteuer befreit sind.

Hypotheken-Gelder - Baukredite
rasch und billig durch
ELLWANGER & GEIGER, BANKGESCHÄFT
Stuttgart, Calwerstraße 10, Ecke Lindenstr. Telefon 25461/53

